

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 493 48 11
Telefax: 0351 493 48 09
E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de



Positionspapier

Bildungsvielfalt braucht Verlässlichkeit Freie Schulen stärken!





Christin Melcher
Bildungspolitische Sprecherin

Bildungsvielfalt braucht Verlässlichkeit – Freie Schulen stärken!

Schulen in freier Trägerschaft sind – trotz nicht immer einfacher Bedingungen – ein Erfolgsmodell und fester, integraler Bestandteil des sächsischen Schulsystems. Gemäß der Sächsischen Verfassung und dem Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft erfüllen sie bei derzeit fast 87.000 Schüler*innen den öffentlichen Bildungsauftrag gleichwertig neben den staatlichen Schulen. Jedes Jahr gibt es Anträge für neue Freie Schulen und auch die Schüler*innenanzahl wächst stetig.

Sie entstanden als Errungenschaft aus der Friedlichen Revolution von 1989 heraus, indem Eltern und Pädagog*innen mit Mut und dem bürgerschaftlichen Engagement die Verantwortung für die Bildung ihrer Kinder übernommen haben. In der schwierigen Phase zwischen den 1990er und 2010er Jahren, als der Freistaat aufgrund sinkender Schüler*innenzahlen staatliche Schulen schließen musste, waren es die freien Träger, die auf eigenes wirtschaftliches Risiko das Schulnetz vor Ort retteten. Ohne diesen Einsatz wäre die schulische Infrastruktur, gerade in ländlichen Regionen, vielerorts weggebrochen.

Heute stabilisieren diese Schulen das Schulsystem als pädagogische Innovationszentren, von deren wegweisenden Ansätzen - wie dem selbstorganisierten Lernen oder dem jahrgangsübergreifenden Unterricht - sich das staatliche Schulsystem inspirieren lassen kann und profitiert.

Doch das bewährte Fundament aus Verlässlichkeit und Vielfalt gerät nun durch aktuelle politische Weichenstellungen unter erheblichen Druck. Zwar brachte die Novelle des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft von 2015 wichtige Verbesserungen bei der Finanzierung und die Verankerung eines Teilhabeanspruchs, doch die Benachteiligungen gegenüber staatlichen Schulen bleiben weiterhin ein Thema.

Die aktuelle Minderheitsregierung aus CDU und SPD hat im Rahmen von Prüfungsaufträgen zur „Staatsmodernisierung“ Maßnahmen initiiert, die die wirtschaftliche Grundlage der freien Träger bedrohen. Für die Haushaltsjahre 2027/28 sieht das Kultusministerium Einsparungen in Höhe von in etwa 21 Millionen Euro vor.

Diese Pläne sind keine reinen Zahlenspiele, sondern eine handfeste Bedrohung. In zahlreichen Gesprächen mit freien Schulträgern und der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen (LAGSFS) wurden uns große Sorgen über die Zukunft der Freien Schulen in Sachsen mitgeteilt.

Die Summe der angepeilten Einsparungen wirkt angesichts eines dynamisierten Gesamtbudgets für freie Schulen von über 700 Millionen Euro marginal. Die Folgen für die einzelnen Schulen hingegen sind sehr schmerzhaft. Gerade vor diesem Hintergrund haben wir BÜNDNISGRÜNE erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit dieser Maßnahmen.

Die geplanten Änderungen und ihre voraussichtlichen Auswirkungen

Als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren wir insbesondere die folgenden Vorhaben der Minderheitskoalition:

- 1. Reduzierung der Wartefristfinanzierung von 80 % auf 60% des vollen Schülerausgabensatzes für allgemeinbildende Schulen und die ersatzlose Abschaffung der Nachfinanzierung** hat zur Folge, dass Neugründungen in der kritischen Startphase eine Kürzung der laufenden Mittel um ein Viertel der ersten Jahre hinnehmen müssen. Während berufsbildende Schulen von dieser Kürzung ausgenommen bleiben, entzieht dies anderen neuen Trägern, die oft über keine ausreichenden Rücklagen verfügen, Liquidität, gefährdet das wirtschaftliche Überleben und schränkt die Trägervielfalt ein.
- 2. Ausweitung des Faktors 0,9 auf alle Anteile des Schülerausgabensatzes:** Die geplante Anwendung des Kürzungsfaktors von 10 % auf Sachausgaben für vier Jahre ab 2027, mit Ausnahme der Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf, hat zur Folge, dass Schulen bei ihren inflationsgetriebenen Fixkosten strukturell unterfinanziert werden.
- 3. Schärfung der Genehmigungsvoraussetzungen:** Was als Effizienzsteigerung betitelt wird, darf nicht zu einer faktischen Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Gründungsvielfalt führen. Konkret wird die Eröffnung eines weiteren Standortes in einer anderen Gemeinde künftig einer Neugründung gleichgestellt, was eine erneute dreijährige Wartefrist auslöst.

4. Änderung der Ausbildungszuweisungsverordnung: Die Förderung vieler sozialer sowie gesundheitsmedizinischer Bildungsgänge (z. B. Erzieher*innen, pharmazeutisch-technische Assistenz) entfällt, wodurch künftig wieder Schulgelder erhoben werden müssen.

Unsere Haltung und Verantwortung für die Bildungsgerechtigkeit

Als BÜNDNISGRÜNE-Fraktion stehen wir fest an der Seite der freien Schulträger. Wir werden den kommenden Referentenentwurf zum Doppelhaushalt 2027/28 der Staatsregierung sorgfältig prüfen und erneut Änderungsanträge in das Haushaltsverfahren einbringen. Es braucht ein Korrektiv, um die verfassungsrechtlich verankerte Gleichberechtigung in der Praxis zu sichern.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass ein starkes Bündnis aus engagierten Eltern, dem pädagogischen Personal im Verbund mit dem Spitzenverband LAGSFS sichtbar auftritt, um mit konkreten Forderungen den notwendigen politischen Nachdruck zu erzeugen.

Unser politisches Ziel bleibt weiterhin eine Finanzierung, die es freien Schulen ermöglicht, sowohl ihre Lehrkräfte angemessen zu bezahlen als auch ein sozialverträgliches Schulgeld anzubieten. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir sehen mit Sorge, dass derzeitige Rahmenbedingungen viele freie Schulträger in ein schwieriges Dilemma zwingen, bei dem sie sich zwischen fairen Löhnen und der Erschwinglichkeit der Elternbeiträge entscheiden müssen. Ein Sparkurs, der diesen Kostendruck verschärft und Träger zur Erhöhung von Elternbeiträgen zwingt, ist für uns verantwortungslos.

Schulen in freier Trägerschaft sind kein Luxusgut, sondern stabilisieren das Sächsische Bildungssystem durch pädagogische Vielfalt, durch die Sicherung des Schulnetzes insbesondere im ländlichen Raum, durch ihren besonderen Beitrag zur Inklusion. Sie fördern und integrieren oft genau jene Kinder und Jugendlichen, für die es im staatlichen System bislang kein passendes oder ausreichendes Angebot besteht.

Damit die sächsische Bildungslandschaft zukunftsfähig wird, müssen Schulen in freier Trägerschaft als das wahrgenommen und auf Augenhöhe einbezogen werden, was sie sind: verlässliche Partner, die den öffentlichen Bildungsauftrag gleichwertig und mit hoher pädagogischer Qualität erfüllen sowie ergänzen.

Dies gelingt nur mit einer grundlegend verbesserten Kommunikation zwischen dem Kultusministerium und den Vertretenden der freien Schulträger. Wir müssen weg von einer Basta-Politik, bei der Akteure in Abstimmungsrunden lediglich über bereits getroffene Entscheidungen informiert werden.

Eine echte partnerschaftliche Zusammenarbeit bedingt, die freien Schulen von Anbeginn an auf Augenhöhe in die Gestaltung der bildungspolitischen Vorhaben einzubeziehen und ihr Innovationspotential gezielt zu stärken.

📞 KONTAKT

Marcus Herrmann, Pressesprecher

Telefon: 0351 493 48 14

Mail: marcus.herrmann@slt.sachsen.de